

Bern, 25. Oktober 2013

**An ausgewählte Medien**  
(mit der Bitte um Veröffentlichung)

Der Zentralvorstand der Schweizer Demokraten (SD) hat folgende Parolen für die eidgenössischen Abstimmungen vom 24. November 2013 beschlossen:

**Ja zur Volksinitiative „1:12 – Für gerechte Löhne“:**

Die Volksinitiative verlangt, dass der höchste Lohn einer Unternehmung das Zwölfwache des tiefsten Lohnes nicht übersteigen darf. Diese Regelung schafft die nötigen Voraussetzungen für die gesetzliche Festlegung eines Höchstlohnes, sodass exorbitante Saläre ab ca. Fr. 700'000.00 pro Jahr nicht mehr möglich wären. Aufgrund eines immer härter umkämpften internationalen Kadermarktes entstanden solche Entschädigungsexzesse, welche in keinsten Weise die Qualifikation, die Erfahrung oder die Arbeitsleistung einer Person widerspiegeln. Der 1:12-Ansatz lässt der Unternehmung jeglichen Spielraum beim Bestimmen des individuellen Lohnes. Der gesparte Personalaufwand bleibt dem Betrieb als Kapital erhalten. Angebliche Wettbewerbsnachteile werden durch das tiefe Schweizer Steuerniveau kompensiert und verhindern eine Verlegung des Unternehmungssitzes ins Ausland. Zudem sind die Kontrollen der Grenzlöhne mittels Daten der kantonalen Ausgleichskassen ohne zusätzliche bürokratische Infrastruktur zu realisieren. Für die Schweizer Demokraten (SD) lindert dieses Instrument auch die Auswüchse der globalisierten Wirtschaftswelt ganz allgemein. Nur wenige Grosskonzerne sind von der Initiative betroffen, zumal regionale KMU-Betriebe ein geringeres Lohnverhältnis aufweisen. Deshalb haben die SD für die 1:12-Regelung die Ja-Parole beschlossen.

**Ja zur Volksinitiative „Familieninitiative: Steuerabzüge auch für Eltern, die ihre Kinder selber betreuen“:**

Mithilfe dieser Volksinitiative werden die verschiedenen Modelle der Kinderbetreuung einander gleichgestellt. Für die Schweizer Demokraten (SD) ist es wichtig, dass die Eltern unabhängig von ihren finanziellen Möglichkeiten zwischen der Fremdbetreuung in einer Kinderkrippe oder der Selbstbetreuung im eigenen Haushalt auswählen können. Bisher förderte man mit hohen Unterstützungsbeiträgen in erster Linie externe Angebote. Dabei stand der Gedanke eines volkswirtschaftlichen Mehrwertes stets im Vordergrund und liess gesellschaftliche Überlegungen erst gar nicht zu. Gerade im heutigen unübersichtlichen, unpersönlichen und hektischen Zeitgeist ist es jedoch unabdingbar, Kinder und deren Familien als zusammengehörende Elemente einer gesamten menschlichen Gesellschaft zu betrachten. Eine persönliche Betreuung durch die eigenen Eltern schafft Geborgenheit und Vertrauen. Dem Verzicht auf ein Zweiteinkommen und dem grösseren Zeitaufwand der Betreuung an sich wird mit den aktuellen steuerlichen Bestimmungen zu wenig Rechnung getragen, zumal diese Familien auch mithelfen, Kinderkrippen zu finanzieren. Die SD stellen sich gegen diese Ungleichheit, wobei Krippenangebote nicht generell abgelehnt werden.

Die Familieninitiative verlangt lediglich, dass für die Selbstbetreuung ein gleich hoher Steuerabzug zu gewährleisten ist. Dafür wird die Ja-Parole beschlossen.

### **Nein zur Änderung des Nationalstrassenabgabegesetzes (Autobahnvignette):**

Mit der vorgeschlagenen Änderung des Nationalstrassenabgabegesetzes soll der Preis für die Autobahnvignette von 40 auf 100 Franken erhöht werden. Diese Forderung stellt eine unverhältnismässige und einseitige Massnahme dar, zumal ein Preisaufschlag von 150% geradezu exorbitant ist und auch die Kosten zur Benützung des öffentlichen Verkehrs laufend steigen. Dazu kommt, dass ausländische Touristen eine 2-Monatsvignette für 40 Franken kaufen können. Schweizer Automobilisten haben auch bei sporadischem Gebrauch der Autobahnen keine solche Möglichkeit. Des Weiteren will man die Kapazität der Nationalstrassen massiv ausbauen, wobei die Infrastruktur den Prognosen einer steigenden Bevölkerungszahl angepasst wird. Die Schweizer Demokraten (SD) sprechen sich vehement gegen diese immense weitere Verbetonierung der Landreserven aus und sehen in jeder Erweiterung des Strassennetzes eine zusätzliche Wachstumsquelle. Zusätzlicher Strassenbau stellt lediglich eine indirekte Förderung der sonst schon chronisch anhaltenden Bevölkerungszunahme dar. Anstatt regionale Wirtschaftsentwicklung zu unterstützen, lotet man die Möglichkeiten der Mobilität grenzenlos aus und nimmt Abgas- und Lärmemissionen diskussionslos in Kauf. Für die SD ist die Änderung des Nationalstrassenabgabegesetzes nicht nachhaltig und daher abzulehnen.

SD-Zentralvorstand